

Dienende Bildung!?

Die stetig sinkende Anzahl der aktiven Studierenden führte zu einer sozialen Schlechterstellung der Studierenden. Diese Tatsache führte zur Abhaltung des Bildungsökonomischen Seminars.

Am Anfang der 70er Jahre waren die Studierenden sehr engagiert. Sie stellten sich vor allem gegen die wirtschaftlichen Einflüsse auf den Universitäten und die autoritären Verhältnisse. Dies brachte uns eine gesetzliche Verankerung der Studierendenvertretung durch das Hochschülerchaftsgesetz (HSG) im Jahre 1973 und mit der Einführung des Universitäts-Organisations-Gesetzes (UOG) im Jahre 1975 ein Mitspracherecht in den Angelegenheiten der Universität. Im Laufe der Jahre sank die Zahl der aktiven Studierenden. Die Folge war und ist ein Abnehmen der Gestaltungsmöglichkeiten des Studiums und seines Umfeldes verbunden mit sozialen Schlechterstellungen der Studierenden.

Um diese Entwicklung mildern zu können ist es notwendig die Hintergründe derjenigen politischen Entscheidungen zu kennen die die Studierenden immer mehr einengen. Diese Überlegung führte zur

Veranstaltung des Bildungsökonomischen Seminars (BÖS).

Referate

Das einleitende Referat befaßte sich mit der sozialen Lage der Studierenden und deren Förderung.

Die finanzielle Förderung der

Studierenden fing 1963 mit der Einführung des Studienbeihilfengesetz mit den noch heute gültigen Kriterien (soziale Bedürftigkeit, noch kein abgeschlossenes Studium, Notendurchschnitt und nicht mehr als halbbeschäftigt) an. 1967 folgte dann das Familien-Lasten- Ausgleichsgesetz (FLAG) und 1969 wurde das Studienbeihilfengesetz zum Studienförderungsgesetz welches 1971 mit der Umstellung der Verwaltung die erste von bisher 19 Novellen (Änderungen) erfuhr. Je nach Novelle gab es unterschiedliche gesetzliche Bestimmungen was die Kriterien erfüllt. So ist z.B. Schwangerschaft einmal ein Verzögerungsgrund und einmal nicht. Der momentane Schwerpunkt liegt bei den selbsterhaltenden Studierenden. Im Budget 1994 sind 990 Millionen öS an Förderungsmittel vorgesehen die etwa 9,4% der Studierenden zugute kommen. Im Jahr 1970 waren es 128 Millionen. Das klingt zwar nach einer starken Steigerung, betrachtet man aber die Inflation, daß damit 1970 noch 19% der Studierenden gefördert werden konnten, und daß der prozentuelle Anteil der Förderungen am Hochschulbudget von 5,5% auf 4,3% gefallen ist, wird deutlich, daß die Förderung der Studierenden immer mehr vernachlässigt wurde und wird.

Das nächste Referat am

Morgen des nächsten Tages behandelte die Geschichte des UOGs von seinen Anfängen 1975 bis zur großen Änderung 1993, in der die Studierenden und Assistenten einen Großteil ihrer Mitgestaltungsmöglichkeiten verloren. Betrachtet wurden die Änderungen des UOGs, unter den Gesichtspunkten der jeweiligen ökonomischen, kulturellen und politischen Gesellschaftsverhältnisse.

Das dritte Referat beschäftigte sich mit den möglichen Bildungswegen in Österreich, angefangen von der Volksschule bis zum Studium und den Weiterbildungsseinrichtungen.

Schon nach der Volksschule, durch die Entscheidung ob Hauptschule oder Gymnasium, zeichnen sich die möglichen beruflichen Wege vor. Die Möglichkeit einer Lehre nach der neunten Schulstufe endet derzeit in einer Bildungssackgasse. Entgegen den Meldungen in den einzelnen Tageszeitungen und dem Fernsehen werden nicht so viele Facharbeiter gesucht. Es scheint so, als wollten die Betriebe lediglich Lehrlinge, die zum Teil vom Staat mitfinanziert werden, nicht aber die dann fertigen, teureren Facharbeiter. Deutlich gesunken ist im letzten Jahrzehnt die Zahl der Jugendlichen ohne Job (Ausbildung). Die AkademikerInnenrate ist im Vergleich



von Herwig Siebenhofer
Studienreformreferat

mit anderen OECD-Ländern sehr niedrig. Um die nötige Zahl an Studierenden für eine vergleichbare Rate zu haben, wäre es nötig sowohl das Studium, als auch das vermehrte absolvieren höherer Schulen (AHS und BHS) zu fördern. Dazu wäre aber eine Erhöhung des Bildungsbudgets auf einen, mit den meisten OECD-Ländern vergleichbaren, Prozentsatz am Gesamtbudget erforderlich.

Mit der Situation der EU-Bildungspolitik schließt das letzte Referat ab.

Arbeitskreise

Parallel zu den Vorträgen, oder besser gesagt dazwischen, tagten fünf Arbeitskreise zu den Themen "Welche Auswirkung hat die Einführung von Studiengebühren?", "Bildung und EU", "Zugangsbeschränkungen beim Hochschulzugang", "Bildungs- und Forschungsökonomie" und "Soziale Aspekte der Studierenden".

Die Ergebnisse der Arbeitskreise werden gerade von der Fakultätsvertretung Gewi auf der Uni Wien gesammelt und dann als Broschüre herausgegeben. Diese wird aber wahrscheinlich erst im nächsten Semester erscheinen.